



**CDU** FRAKTION  
IM RAT DER STADT DUISBURG

*BÜNDNIS 90*

**DIE GRÜNEN**

Im Rat der Stadt Duisburg



# **Kooperationsvertrag**

**zwischen den Fraktionen von  
CDU und Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Duisburg  
für die Wahlperiode 2004 bis 2009**

# Inhalt

Schwarz-Grün in Duisburg .....	3
Trotz knapper Kassen Duisburg als lebenswerte Stadt erhalten .....	5
Integration statt Ausgrenzung .....	9
Bildung fördern heißt Kindern und Jugendlichen Chancen geben .....	11
Kinder und Jugendliche stärken und an Entscheidungen beiteiligen .....	14
Ein soziales Duisburg .....	17
Für eine behutsame Stadtentwicklung und neue Wege in der Verkehrspolitik ..	19
Umwelt- und Naturschutz als zentrale Aufgabe .....	21
Kulturelle Vielfalt für Duisburg .....	27
Sportpolitik den Herausforderungen der Zukunft anpassen .....	29
Die Bezirksvertretungen stärken .....	31
Grundlagen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit .....	33

# Schwarz-Grün in Duisburg

Die Oberbürgermeister-Stichwahl hat am 10. Oktober 2004 ein eindeutiges Ergebnis gebracht: Eine große Mehrheit der Duisburgerinnen und Duisburger will einen Politikwechsel für ihre Stadt. Wie die Erfahrung der letzten Monate gezeigt hat, bildet die vertrauensvolle Zusammenarbeit von CDU und Bündnis 90/Die Grünen den notwendigen Kern für diesen Politikwechsel nach 56 Jahren SPD-Herrschaft.

Mit der Zusammenarbeit von CDU und Grünen ändert sich nicht bloß die alt-hergebrachte politische Farbenlehre in Duisburg. Dies wäre zu kurz gedacht und lohnte nicht der Mühe. Es würde der gegenwärtigen Zeitenwende in Duisburg auch in keinsten Weise gerecht. Wie die Verhandlungen zu diesem Kooperationsvertrag gezeigt haben, bahnt sich hier eine andere politische Kultur, ein anderes Politikverständnis an. Nicht ein Denken in ideologisch voreingenommenen Schablonen, sondern Offenheit und die Bereitschaft, zuzuhören und – bei allen Differenzen – aufeinander zuzugehen, prägten die Gespräche. Denn nur ein echter freier Wettbewerb der Ideen stellt sicher, dass die Politik zu vernünftigen und sachgerechten Lösungen für die Probleme unserer Stadt kommt.

## **Der Rat als Ort der wirklichen Auseinandersetzung und Entscheidung**

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat darf ein solcher neuer Stil in der Politik nicht auf die schwarz-grüne Kooperation beschränkt bleiben. Wir sind uns bewusst, dass wir für unsere gemeinsame Politik jedes Mal aufs Neue um eine Mehrheit ringen müssen. Dies ist jedoch kein Nachteil, sondern es erfordert gerade, kraft der Argumente auch den politisch Andersdenkenden von der eigenen Position zu überzeugen oder sich eines Besseren belehren zu lassen. Der Rat der Stadt Duisburg wird dadurch wieder zu einem Ort der wirklichen Auseinandersetzung und der Entscheidung. Obstruktion wird sich niemand auf Dauer leisten können. Wir werben um Mehrheiten für unsere Politik bei allen demokratischen Kräften außerhalb des rechten Randes.

Durch die Aufwertung des Rates gewinnt die Politik auch wieder die notwendige Transparenz. Entscheidungen werden für die Bürgerinnen und Bürger wieder nachvollziehbar und somit auch kritisierbar. Diese neue Offenheit wird aber erst dadurch ein Gewinn für die Menschen, wenn sie durch Möglichkeiten zur Mitwirkung ergänzt wird. Die Durchführung einer Bürgerveranstaltung zu den Haushaltsberatungen im Bezirk Hamborn als Pilotprojekt ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung.

## **Von der konstruktiven Oppositionsarbeit zur Kooperation**

Die Zusammenarbeit von CDU und Bündnis 90/Die Grünen ist nicht aus dem Nichts entstanden. Bei der neuen Bezirkssatzung haben beide Fraktionen schon in der letzten Ratsperiode eng zusammengearbeitet und damit für eine Stärkung der Rechte der Bezirksvertretungen und eine größere Bürgernähe der Politik gesorgt. Die konstruktive Oppositionsarbeit bei der Absage der Bundesgartenschau oder bei der Aushöhlung des Verbraucherschutzes durch die Auflösung des Chemischen Untersuchungsinstitutes durch die SPD hat gezeigt, dass die jetzigen Partner in wichtigen Fragen ein großes Maß an Gemeinsamkeiten haben.

Die Beratungen zum 10-Punkte-Papier für einen Politikwechsel in Duisburg vor der Oberbürgermeister-Stichwahl manifestierten schließlich endgültig, dass die Duisburger Interessen nur dann zum Zuge kommen, wenn der erstarrten SPD vor Ort frischer Wind entgegengesetzt wird. Duisburg braucht, so die gemeinsame Überlegung, einen Aufbruch, der mit der SPD nicht zu machen ist.

Wurden im 10-Punkte-Papier die grundsätzlichen Linien einer künftigen Zusammenarbeit vorgezeichnet, so legen CDU und Bündnis 90/Die Grünen mit diesem Kooperationsvertrag ihre Vorstellung darüber vor, wie in Duisburg in den nächsten fünf Jahren konkret Politik gemacht werden soll. Wir wollen eine konstruktive Politik für Duisburg beschreiben, damit es in Duisburg endlich weiter geht und Duisburg nicht in fast allen Belangen das Schlusslicht darstellt. Wir wollen hiermit zeigen, dass Duisburg eine bessere Politik verdient hat und wie diese ein Detail aussieht.

# **Trotz knapper Kassen Duisburg als lebenswerte Stadt erhalten**

CDU und Bündnis 90/Die Grünen sind sich darin einig, zu versuchen, mittelfristig aus der vorläufigen Haushaltsführung heraus zu kommen und früher, als es nach der derzeitigen Finanzplanung möglich erscheint, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dies ist insbesondere auch deshalb wichtig, weil erst mit einem ausgeglichenen Haushalt eigenverantwortliche politische Gestaltung möglich und die volle kommunale Handlungsfähigkeit wiederhergestellt ist.

Bei aller Notwendigkeit, bisherige kommunale Verantwortlichkeiten auch auf den Prüfstand zu stellen, bleibt es für uns notwendig, Duisburg als lebenswerte Stadt zu erhalten und auszubauen. Erst mit einer Stärkung der Wirtschaftskraft Duisburgs, insbesondere durch Ansiedlung neuer Unternehmen, die einer nachhaltigen Entwicklung Duisburgs förderlich sind, bei gleichzeitiger Bestandspflege der vorhandenen Wirtschaftsbetriebe sowie einer Verringerung des dramatischen Einwohnerschwundes wird die derzeit im Städtevergleich mehr als geringe Einnahmesituation spürbar verbessert werden können.

## **Grundsätzliche Aufgabenkritik**

Auf der Ausgabenseite muss vor dem wichtigen Hintergrund gleichwertiger kommunaler Lebensverhältnisse die vorurteilsfreie Suche nach nachweisbar kostengünstigeren Organisationsformen kommunaler Aufgaben erfolgen. Dies beinhaltet auch Privatisierungen und Kooperationen im Sinne einer Public Private Partnership. Daneben ist eine grundsätzliche Aufgabenkritik durchzuführen sowie die Möglichkeiten erhöhter Kostendeckungsgrade zu prüfen. All dies soll jedoch in sozialer Verantwortung sowohl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt als auch gegenüber den städtischen Beschäftigten erfolgen.

## **Konkret heißt dies:**

Neben internen Maßnahmen wie der schon initiierten Umorganisation der Verwaltung, mit der sich bereits eine Verwaltungsgruppe beschäftigt, ist auch die Arbeit des Rechnungsprüfungsamtes zu stärken. Dies geschieht nicht aus Misstrauen gegenüber der Verwaltung, sondern im Sinne einer möglichst effizienten und sachgerechten Verwendung der von den Steuerzahlern aufgebrauchten Gelder.

Durch die Hinzuziehung externer Beratung sollen Wege aufgezeigt werden, wie die Einnahme- und Ausgabenseite verbessert werden kann. Bewährt haben sich in

diesem Kontext als Instrumente insbesondere Best-Practice- als auch Benchmarking-Vergleiche sowie die Zero-Base-Methode, die zur Bestimmung kommunaler Gestaltungsmöglichkeiten stärker zur Anwendung kommen müssen.

Neben externer Beratung – möglicherweise mit Unterstützung des Landes als Modellkommune – gehört hierzu auch die verstärkte Zusammenarbeit mit umliegenden Kommunen.

Die skizzierten internen und externen Ansätze, die zu mehr Effizienz des Verwaltungshandelns und zur Haushaltskonsolidierung beitragen sollen, stehen für uns nicht im Widerspruch dazu, das soziale Profil der Stadt zu schärfen. Hierin sehen wir den zentralen Kern dessen, was eine lebenswerte Stadt ausmacht. Daher werden wir auch unter schwierigen finanziellen Bedingungen alle Anstrengungen unternehmen, um den Spagat zwischen den Zielen Konsolidierung des Haushalts und Stärkung des sozialen Profils im Sinne der Menschen zu schaffen.

### **Verwaltungsmodernisierung mit den Beschäftigten gestalten**

Alle Zuständigkeiten der öffentlichen Verwaltung sind an den Grundsätzen von Bürgernähe, Dezentralität, Selbstverantwortlichkeit, Erforderlichkeit, Leistungsfähigkeit und Transparenz zu messen. Wir müssen weg von der klassischen Ämterverwaltung hin zu einem öffentlichen Dienstleistungsunternehmen. Verwaltungshandeln und Verwaltungsmodernisierung muss von der Leistungsbereitschaft und der Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getragen werden. Die hohe Motivation der städtischen Beschäftigten gilt es zu erhalten. Deshalb ist eine offene und rechtzeitige Informationspolitik, ein umfassendes Schulungs- und Weiterbildungsangebot, eine optimale technische Ausstattung der Arbeitsplätze sowie die Schaffung von Leistungsanreizen dringend erforderlich.

Vor diesem Hintergrund sind wir gewillt, auch zukünftig für einen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen einzustehen und entsprechende Abkommen zu verlängern. Dies ist auch deshalb wichtig, um Ängste der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu vermeiden, da der sozialverträgliche Abbau von Beschäftigten, wie er sich seit Jahren vollzieht, weitergehen wird. Die hierdurch freiwerdenden Ressourcen müssen jedoch auch zur Wahrnehmung neuer wichtiger Aufgaben sowie zum Aufbrechen des mittlerweile jahrelang bestehenden Beförderungsstaus genutzt werden und dürfen nicht allein in die Haushaltsanierung fließen.

Unser gemeinsames Verantwortungsbewusstsein für sozial Schwächere wird auch zukünftig sicherstellen, dass niemand von kommunalen Angeboten ausge-

grenzt wird. In diesem Kontext ist zu prüfen, wie durch geeignete Maßnahmen analog zu DU-Pass diese Teilhabe konkret gewährleistet werden kann.

### **Familien- und bürgerfreundliche Stadt**

Die Verbesserung der finanziellen Situation der Kommune ist auch deshalb notwendig, um im Sinne des Beispiels anderer Kommunen das Projekt *Familien- und bürgerfreundliche Stadt* anzugehen. Die Verbesserung der Wohn- und Umfeldbedingungen insbesondere für Menschen mit Kindern führt zu einer Erhöhung der Attraktivität Duisburgs und bremst den Einwohnerschwund. In die Diskussionen und die Entscheidungsfindung über Veränderungsmaßnahmen vor Ort sollen verstärkt die Menschen in den Stadtteilen eingebunden werden, um eine möglichst bürgernahe Politik sicherzustellen.

Dies führt im Investitionshaushalt zu einer Verschiebung von Prioritäten. An kommunal (mit-)finanzierte Großprojekte mit entsprechenden Folgekosten ist bis zu einer Gesundung des Haushalts kaum zu denken.

Die Schließung des Bergwerks Walsum ist ein Beispiel, wie wichtig es nach wie vor ist, den Strukturwandel offensiv zu fördern, und auch seitens der Kommune aktiv zu bleiben. Wir wollen alle Akteure und Betroffenenengruppen an einen Tisch holen, um rechtzeitig mit den Menschen Perspektiven zu entwickeln und entsprechende Weichenstellungen vorzunehmen. Neben der Schaffung neuer Arbeitsplätze in unserer Stadt gehört hierzu im Besonderen eine Bestandspflege der Duisburger Wirtschaft.

### **Steuerstabilität**

Angesichts eines starken interkommunalen Standortwettbewerbs, insbesondere bei den Hebesätzen von Gewerbe- und Grundsteuer, streben die Partner daher eine Steuerstabilität an. Hinsichtlich der Duisburger Großindustrie ist festzustellen, dass hier ein beiderseitiges Bekenntnis zu den Großkonzernen als Unternehmen mit einer nach wie vor großen Beschäftigtenzahl vorliegt. Jedoch soll die Intensität der Gespräche mit den Unternehmen über die soziale und umweltpolitische Standortverantwortung erhöht werden.

Bei den WBD ist auf eine den Richtlinien für Eigenbetriebe entsprechende Eigenkapitalausstattung durch geeignete Maßnahmen hinzuwirken. Hinsichtlich der diversen Standorte der Duisburger Verwaltung soll über den IMD ein kostenorientiertes Immobilienmanagement erreicht werden, da nach den diversen Verwaltungsstrukturierungen hier noch deutliches Einsparpotential gesehen wird.

Bei der Vergabe städtischer Grundstücke wird ein Verkauf grundsätzlich bevorzugt. Die Möglichkeit einer Vergabe in Erbpacht wird jedoch erhalten, um z.B. Familien mit geringerem Einkommen die Möglichkeit des Erwerbs von Wohnungseigentum in Duisburg zu geben und hierdurch den Einwohnerverlusten gezielt entgegenzuwirken. Gleichzeitig soll das IMD verstärkt Grundstücksvergaben an private Bauherren und weniger an Bauträgersgesellschaften vornehmen, um individuelles Bauen in Duisburg zu fördern.

In die Betrachtungen zur Verbesserung der finanziellen Situation der Kommune sind auch die städtischen Gesellschaften mit einzubeziehen.

# Integration statt Ausgrenzung

Migration ist ein wesentliches Thema in unserer Stadt. Aufgabe der Politik ist es, den mit der Migration einhergehenden gesellschaftlichen Integrationsprozess zu unterstützen und zielführend zu begleiten, d.h. in erster Linie, dafür Sorge zu tragen, dass sich kommunale Strukturen etablieren, die sowohl von der integrierenden Gesellschaft als auch von den zu integrierenden Menschen als ein positives Integrationsklima wahrgenommen werden.

Die Schaffung eines Amtes für Migration in Duisburg ist ein wesentlicher Pfeiler des Integrationsprozesses. Die Bündelung vorhandener Ressourcen und die Koordination des soziologisch hochkomplexen Migrationsprozesses sind zentrale Bestandteile des Kompetenzfeldes dieses Amtes. Im Laufe der vergangenen Jahre wurde der Migrationsprozess weitgehend unbeachtet von den politisch Verantwortlichen vollzogen. Das künftige Amt für Migration hat die zentrale Aufgabe, die Lücke zu füllen und ein integratives und effektives Migrationskonzept für die Stadt zu erarbeiten. Das in einem Zwei-Jahres-Rhythmus zu überarbeitende Migrationskonzept wird den politisch Verantwortlichen eine Sachstandsanalyse darbieten, aus der Handlungsempfehlungen abzuleiten sein werden.

## **Amt für Migration**

Zentrale Organe des Amtes für Migration sind das Internationale Zentrum der Volkshochschule, die Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), das Integrationsbüro mit der Zuständigkeit der Betreuung des Beirates für Zuwanderung und Integration sowie die neu einzurichtende Kommunale Härtefallkommission. In welchem Umfang die Ausländerbehörde diesem Amt unterstellt wird, werden die migrationspolitisch Verantwortlichen nach eingehender Prüfung und Analyse des Aufgabengebietes erwägen. Die Amtsleitung soll mit einer Persönlichkeit mit Migrationshintergrund besetzt werden.

Migrationsbewegungen werden in einem erheblichen Ausmaß von Fluchtbewegungen dominiert. Diesem Prozess können und wollen wir uns – aus unserer humanitären Verantwortung heraus – nicht entziehen. Der institutionalisierte Weg des Flüchtlings- und Asylrechts und die globalen humanitären Herausforderungen haben in den vergangenen Jahren eine Realität geschaffen, nach der eingewanderte Flüchtlinge und Asylsuchende mit einem langen Aufenthalt von bis zu zehn Jahren rechnen müssen, bis verwaltungsgerichtlich eine endgültige

Entscheidung getroffen werden kann. Während dieser Verweildauer profitieren auch diese Menschen von den Integrationsbestrebungen der Kommune, in der sie leben. Nicht selten hat während dieser Zeit auch ein gelungener Integrationsprozess stattgefunden. Aus humanitären Gründen, aber auch aus Gründen der Integration sollten wir diesen Menschen ein Bleiberecht einräumen. Dieser Zielsetzung sollte sich auch die Kommunale Härtefallkommission verpflichtet fühlen.

### **Vorschulische Sprachförderung und interkulturelle Sensibilisierung**

Als komplexe Querschnittsaufgabe erfordert die positive Gestaltung des Integrationsprozesses in unserer Stadt eine ständige Interaktion sämtlicher migrations-spezifisch relevanter Einrichtungen und Institutionen. Vorschulische Sprachförderung, bildungspolitische Aufklärungsarbeit, gezielte Heranführung und Qualifizierung für den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt sowie die interkulturelle Sensibilisierung der Stadtverwaltung sind für eine gelungene Integration wegweisende Meilensteine, an denen die zu integrierenden Menschen teilhaben sollten. Erstrebenswert ist hier die Gründung einer Arbeitsgruppe (Task-Force Integration) aus hochrangigen städtischen Verantwortungsträgern. Die bereits bestehende Koordinierungsgruppe Migration und Integration bietet dafür eine gute Basis.

Die vergangenen Jahrzehnte haben verdeutlicht, dass so genannte Ballungsräume von Migrantinnen und Migranten dem Gemeinwohl der Stadt nicht zuträglich sind. Diese Erfahrung hat uns gelehrt, dass auf diese Weise ein harmonisches Zusammenleben nur schwerlich realisiert werden kann. Ziel einer kommunalen Wohnungspolitik muss daher sein, das weitere Entstehen so genannter Ballungsräume von Migrantinnen und Migranten zu verhindern und eine ausgewogenere Sozialstruktur zu schaffen.

### **Paritätischen Partizipation aller Migrantengruppen**

Duisburg hat eine sehr heterogene Migrationsstruktur, die sich in der Politik nicht widerspiegelt. Die jetzige Form des Beirates für Zuwanderung und Integration verfehlt die Zielsetzung der paritätischen Partizipation aller Migrantengruppen am politischen Willensbildungsprozess in der Stadt. Wir müssen verbindliche Normen gemeinschaftlich erarbeiten, mit denen wir unterschiedliche kulturelle Meinungen gewinnbringend ausdiskutieren können. Für die Aufstellung dieser Normen sind wir angewiesen auf Vermittler zwischen den Kulturen. Eine ethnisch und kulturell breitere Beteiligung an der Kommunalpolitik sollte über einen Ausschuss für Migration nach dem Solinger Modell angestrebt werden.

# **Bildung fördern heißt Kindern und Jugendlichen Chancen geben**

Gerade angesichts der hohen Arbeitslosenzahlen in Duisburg und dem Ruhrgebiet ist eine gute Schulbildung für die Zukunft der Kinder unverzichtbar. Um dies in Duisburg zu gewährleisten, muss eine regelmäßige inhaltlich und sozialräumlich akzentuierte Bildungsberichterstattung eingeführt werden.

Grundlage dieser Arbeit sind gezielte Planungsdaten zur Schulentwicklung. Bildungsberichterstattung und Schulentwicklungsplanung müssen verzahnt sein. Kriterien für die Zusammenstellung solcher Daten sind unter anderem:

- die Zahl der Schülerinnen und Schüler und deren Entwicklung bezogen auf die einzelnen Schulen;
- das Schulformenangebot im Stadtteil;
- das Einzugsgebiet der Schulen;
- das pädagogische Angebot und Profil der Schulen;
- das Raumangebot und der Raumzustand der Schulen und der Zustand der Schulgebäude (in Absprache mit dem IMD);
- die Schulabschlüsse und die Übergänge der einzelnen Schulen.

## **Schule als ganzheitlichen Lernort stärken**

Bildung ist mehr als bloß die Vorbereitung für das Arbeitsleben. Die Schülerinnen und Schüler von heute werden nicht nur die Erwerbstätigen von morgen sein, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, die mit ihrem Engagement unsere Stadt positiv gestalten sollen. Deshalb muss Schule von Anfang an auch ein Lernort sein, wo kritisches Denken, Kreativität, praktisches Tun, soziales und demokratisches Handeln sowie interkulturelle Erfahrungen ihren Platz haben.

## **Eine gute Ausstattung gewährleisten**

Neben einer guten Ausstattung mit Lehrkräften, für die wir uns auf Landesebene stark machen, gehört ebenso zur guten Schule, dass die notwendigen Mittel für den Schulbau und eine angemessene Ausstattung zur Verfügung gestellt werden und angesichts der bekannten Probleme mit Asbest, PCB und Schimmelbefall bei allen Baumaßnahmen auf ökologische Standards geachtet wird.

Energieeinsparung und Abfallvermeidung sollen sich auch finanziell für die Schulen lohnen. Diese Maßnahmen tragen darüber hinaus auch dazu bei, das Verantwortungsbewusstsein für den Lebensraum Schule zu stärken.

Behinderte und nicht behinderte Kinder sollen – wo möglich – gemeinsam unterrichtet werden. Eine Maßnahme zur Unterstützung der Schulen, die das leisten, ist die Finanzierung von Integrationshelfern. Außerdem wird die Stadt die Möglichkeiten nutzen, die das Land zur Verbesserung des integrativen Unterrichts zur Verfügung stellt.

### **Bildungschancen erweitern**

Bildungschancen geben heißt auch, dass die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen in Duisburg nicht durch unzumutbare Entfernungen eingeschränkt sein darf, damit bei den Schulen der Übergang von Sekundarstufe I zur Sekundarstufe II reibungslos gestaltet werden kann. Deshalb soll die gezielte Kooperation unterschiedlicher Schulformen gefördert werden.

Die Vielfalt unseres schulischen Angebots führt jedoch z.B. auch zur mangelnden Transparenz, so dass Schülerinnen und Schüler sowie Eltern nicht immer wissen, welche Möglichkeiten in unserer Stadt bestehen. Aus diesem Grund sollte die Schullaufbahnberatung und auch die Kooperation der Schulen in diesem Bereich intensiviert werden. Gleichzeitig soll die Berufsvorbereitung in den Schulen verstärkt werden.

Die Unterstützung von Initiativen, die zur Lernmotivation beitragen, ist ebenfalls ein wichtiger Schritt, um die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

### **Sprachkompetenz fördern**

Der erstmalig zum Schuljahr 2004/2005 durchgeführte CITO-Sprachtest hat gezeigt, dass viele Grundschulkinder Defizite im sprachlichen Bereich haben. Gezielte Sprachförderung muss es deshalb für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund frühzeitig, d.h. vor der Einschulung geben. Bereits in den Kindergärten sind ebenso wie in den Grundschulen entsprechende Angebote einzurichten bzw. auszubauen. Dazu gehört auch, die Eltern – insbesondere die Mütter – in die Sprachförderung mit einzubeziehen. Wir wollen prüfen, inwieweit muttersprachlicher Unterricht an Schulen mit nennenswertem Anteil von Schülerinnen und Schülern, die Deutsch nicht als Muttersprache sprechen, angeboten werden kann.

## **Kinder qualifiziert betreuen**

Eine qualifizierte, flächendeckende Kinderbetreuung ist eine familien-, bildungs- und frauenpolitische Notwendigkeit, die auch in den Ferienzeiten gewährleistet sein muss. Deshalb wollen wir die Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule (OGGS) weiter voranbringen. Dabei ist unverzichtbar, dass auf gute pädagogische Qualität sowie entsprechend gute Beschäftigungsverhältnisse geachtet wird. Entsprechende Standards sollen von der Stadt erarbeitet werden. Für Kinder aus einkommensschwachen Familien müssen die Beiträge jedoch bezahlbar sein und bleiben.

Um allen Kindern gleiche Chancen zu geben, muss die Förderung in Kindergarten und Schule besser aufeinander abgestimmt sein und ineinander greifen. Wir wollen deshalb den Schul- und den Jugendbereich organisatorisch miteinander verbinden und ein gemeinsames Dezernat für beide Bereiche einrichten.

# **Kinder und Jugendliche stärken und an Entscheidungen beteiligen**

Kinder und Jugendliche sowie deren Familie sind als eine Einheit zu sehen und als solche zu fördern. Alle politischen Leitlinien sollen die Bedeutung und die Wertigkeit der Familie für Kinder und Jugendliche mit dem Ziel herausstellen, Duisburg zur familienfreundlichen Stadt zu entwickeln. CDU und Bündnis 90/ Die Grünen streben vor diesem Hintergrund die Umsetzung des nachfolgenden Maßnahmekataloges an.

Auf der Basis eines zu erstellenden kommunalen Kinder- und Jugendberichtes für Duisburg ist ein Konzept zur besseren Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln. Duisburg braucht eine öffentlich wahrnehmbare Lobby für Kinder, die durch eine gemeinsame Arbeit der städtischen und freien Träger geschaffen werden soll.

## **Pädagogische Qualität in den Kindergärten steigern**

Der Kindergartenbedarfsplan von 2003 ist zu überarbeiten. Jegliche Schließungspläne bezüglich der Duisburger Kindergärten müssen jährlich nach aktuellen Entwicklungen überprüft werden. Für den ersten Schritt zur Erstellung eines zuverlässigen Kindergartenbedarfsplans muss eine zentrale Anmeldeerfassung gewährleistet sein. Nicht die Schließung der Kindergartengruppen, sondern die Schaffung von mehr pädagogischen Freiräumen für Kinder sowie Erzieherinnen und Erzieher sollte im Vordergrund stehen. Es gilt, die Arbeitsplätze der Erzieherinnen und Erzieher zu sichern und zu erhalten sowie die pädagogische Qualität durch eine fundierte Aus- und Weiterbildung zu steigern. Ein Defizit liegt bei der Betreuung von körper- und geistigbehinderten Kindern vor. Diesem Defizit muss entgegengewirkt werden.

Für eine interkulturelle Erziehung in Kindergärten sowie für eine interkulturell orientierte Kinder- und Jugendhilfe sind entsprechende Leitlinien zu erstellen, die sich an einem ganzheitlichen Bildungsmodell orientieren. Hierzu bedarf es einer Fortbildung für Erzieherinnen und Erzieher und der Einstellung von Erzieherinnen und Erziehern mit Migrationshintergrund. Die Akzeptanz der interkulturellen Angebote durch Familien mit Migrationshintergrund ist im Hinblick auf eine Optimierung zu analysieren. Bildungsstandards, pädagogische Konzepte und Methoden sollen trägerübergreifend definiert, vermittelt und transparent gemacht werden. Ein gutes Beispiel für ein ganzheitliches Bildungsmodell im

Elementarbereich zur systematischen Förderung von Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren ist die in den Niederlanden entwickelte und in Hessen bereits erfolgreich erprobte *Pyramide-Methode*.

Laut Psychiatriebericht 2001 sind in Duisburg ca. 5.000 Kinder und Jugendliche hilfsbedürftig. Eine schnelle sowie qualitativ bessere psychische und psychiatrische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Duisburg ist daher dringend notwendig. CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden eine Anlaufsstelle für psychisch auffällige Kinder und Jugendliche, die beim Gesundheitsamt oder beim Institut für Jugendhilfe angesiedelt sein könnte, installieren.

### **Runder Tisch mit allen in der Jugendarbeit Tätigen**

Die Gesamtsituation der Anlaufstellen für Kinder und Jugendliche ist zu erfassen. Hierbei sind stationäre und nicht-stationäre Angebote der unterschiedlichen Träger zu berücksichtigen. Eine verlässliche finanzielle Förderung der freien Träger hat zu erfolgen. Unter Beteiligung der einzelnen Träger der Jugendhilfe soll ein Jugendfreizeitstättenplan der Stadt Duisburg mit entsprechender Handlungsempfehlung erstellt werden. Für die laufende Abstimmung und Optimierung des Angebotes soll ein Runder Tisch mit allen in der Jugendarbeit Tätigen initiiert werden. Weiteres Ziel ist im Rahmen der finanziellen Realisierbarkeit der Ausbau von Notunterkünften für in Not geratene Jugendliche/Heranwachsende.

Die Einrichtung von Familienhäusern oder multifunktionalen Generationshäusern, die Kinder und Erwachsene, Heranwachsende, Ältere und Hochbetagte, Hilfsbedürftige und aktive Menschen, professionelle und ehrenamtlich Betreuende unter einem Dach vereint, ist zu fördern. Solche Häuser sollen Jung und Alt zu neuen Kontakten ermutigen, eigene Kompetenzen stärken und zur gegenseitigen Hilfe anleiten. Sie sollten Anlaufstelle sowohl für bürgerschaftliches Engagement als auch für Alltagshilfe wie z.B. Babysittervermittlung, Oma- oder Opaverleih, Kinderbeaufsichtigung, Schul- oder Ausbildungshilfe sein.

### **Lokale Ausbildungssituation verbessern**

Bedingt durch die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Duisburg ist eine enge Zusammenarbeit der Träger der Jugendberufshilfe, der ARGE und anderer relevanter Anbieter von Ausbildungsplätzen und Lehrgängen etc. wichtig. Konzepte zur Verbesserung der lokalen Ausbildungssituation und zur Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit sollen entwickelt und umgesetzt werden.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen vor Ort ist in unterschiedlicher Weise anzustreben: entweder durch die Einrichtung von Kin-

der- und Jugendparlamenten – wobei Projekte wie in Herne und Recklinghausen für die Realisierung in Duisburg Pate stehen könnten – oder durch die Schaffung eines Kinder- und Jugendbüros bzw. eines Kinderbeauftragten. Ziel muss dabei die Partizipation von Kindern und Jugendlichen an Entscheidungen sein, die ihre Wohn- und Freizeitsituation betreffen. Als direkte Maßnahmen sind die Einrichtung von OB-Sprechstunden für Jugendliche sowie so genannte Kummerkästen in Schulen umzusetzen.

Die bereits beschlossene Aufnahme von Vertreterinnen und Vertretern des Stadtelterrates in den Jugendhilfeausschuss hat zur erfolgen.

# Ein soziales Duisburg

Die Zahl der Arbeitslosen in Duisburg ist mit über 34.000 Personen gegenüber der letzten Kommunalwahlperiode weiter steigend. Gleichzeitig ist die Zahl der Menschen, denen eine gezielte Förderung zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt angeboten wird, von 3.000 auf 1.500 gesunken. In den letzten 5 Jahren sind in Duisburg in jedem Jahr 1.000 Beschäftigungsverhältnisse weggefallen.

Angesichts dieser Fakten werden CDU und Grüne die positiven Ansätze des SGB II konsequent nutzen. Das Steuerungsgremium zukünftiger kommunaler Beschäftigungspolitik ist dabei die Trägerversammlung der ARGE, deren Vorsitz deshalb zwingend durch die Politik besetzt werden muss.

## **Positive Ansätze des SGB II konsequent nutzen**

Die Leistungen zur Eingliederung gemäß § 16 SGB II (insbesondere Absatz 3 so genannte 1 Euro Jobs) sind in der Mehrzahl mit Duisburger Trägern und Initiativen umzusetzen. Bei der Vergabe von Leistungen sind vordringlich Wohlfahrtsverbände und freie gemeinnützige Träger zu berücksichtigen. Die Vermittlung behinderter Menschen muss besonders berücksichtigt werden.

Die Leistungen sollen gemäß Gesetz aus einer Hand gewährt werden, deshalb ist beabsichtigt, nach einer Übergangszeit ab dem 1.1.2006 anteilige Leistungen der GfB in die ARGE zu überführen, um so neben einer Steigerung der Effizienz, den allgemeinen städtischen Zuschuss an die GfB weiter zu reduzieren. Zielperspektive ist die bestmögliche Nutzung des SGB II zur Gestaltung eines 2. Arbeitsmarktes in einer strukturschwachen Region. Dazu gehört auch die Ausweitung der Leistungen gemäß § 16, Abs. 3 SGB II analog dem ehemaligen kommunalen ASS-Programm.

Die Standorte der ARGE sind mit finanzieller Unterstützung des Bundes zu bürgerfreundlichen *Sozialen Rathäusern* auszugestalten. Sofern kommunale Immobilien an einem der drei vorgesehen Standorte in Betracht kommen, muss dies beim IMD mit hoher Priorität bearbeitet werden.

## **Sozialbericht vorlegen**

Die Verwaltung wird aufgefordert, zur Unterstützung einer zielgerichteten sozialpolitischen Arbeit im zweiten Halbjahr 2005 einen Sozialbericht vorzulegen. Dieser Sozialbericht soll die wesentlichen Daten der vorhandenen Teilberichte zusammenfassen und Handlungsnotwendigkeiten zur Optimierung der sozialen Infrastruktur Duisburgs aufzeigen.

Nachdem CDU und Grüne vor 5 Jahren die Gründung des Behindertenbeirates ermöglicht haben, ist es nun an der Zeit, die Teilhabe behinderter Menschen an der Gestaltung unseres Gemeinwesens weiter voranzutreiben. Deshalb wird gefordert, gemäß § 13 BGG NRW vom 16.12.2003 eine Satzung zu erstellen, die einen Behindertenkoordinator/Behindertenbeauftragten vorsieht, dessen Aufgaben und Kompetenzen in enger Anlehnung an den Referentenentwurf zum BGG NRW festgesetzt werden.

Im Rahmen eines Modellprojektes sollen die Beratungsangebote für Menschen mit Behinderungen, ergänzt um Beratungsangebote für Senioren und für Menschen in besonderen Lebenslagen zentral angeboten werden. Die Beratungsstellen sind einem Beschäftigungs- und Qualifizierungsangebot zugeordnet, in dem Menschen mit Behinderung eigenständig ein Cafe/Restaurant betreiben.

### **Wohnmöglichkeiten für behinderte Menschen schaffen**

In Kooperation mit dem LVR ist kurz-/mittelfristig das Defizit bei Wohnmöglichkeiten für behinderte Menschen zu beseitigen (Heilpädagogische Einrichtungen, Betreutes Wohnen, Wohngemeinschaften). Dazu ist es u.a. notwendig, in enger Kooperation mit dem IMD geeignete baureife Grundstücke auszuweisen.

Höhe Priorität hat der Bau weiterer Altenheime. Dabei muss sowohl bei Planung, Ausführung, Ausstattung und Personaleinsatz insbesondere die wachsende Zahl dementer Menschen berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist es notwendig, zusätzliche Tages- und Kurzzeitpflegeplätze zu schaffen. Ebenfalls notwendig ist die Entwicklung von Konzepten zu altersübergreifenden Wohnformen.

Ob und in welcher Form das städtische Gebrauchtmöbellager weiter geführt wird, ist im ersten Halbjahr 2005 zu entscheiden.

### **Frauenberatungsstellen**

Bestehende Beratungsangebote, besonders die Angebote freier gemeinnütziger Träger wie Wildwasser, Mütterzentrum, Frauenhaus, Frauen helfen Frauen, Frauenwürde, Zufluchtsstätte und Mabilia, sind – durch Beibehaltung bzw. Erhöhung des städtischen Zuschusses in Höhe von insgesamt 200.000 € jährlich – in ihrer Substanz zu sichern.

# Für eine behutsame Stadtentwicklung und neue Wege in der Verkehrspolitik

Die Kooperationspartner sind sich einig, dass es für die Stärkung des Wirtschafts- und Dienstleistungsstandortes Duisburg des Ausbaues und der Verbesserung der vorhandenen Standortmerkmale bedarf, insbesondere gilt dieses für Hafen und Logport. Die Aquirierung von Investoren ist nur durch eine dynamische und aktive Wirtschaftspolitik möglich. Als wesentliche Bestandteile einer solchen Politik werden daher die folgenden gemeinsamen Projekte vereinbart:

## **Kompetenzzentrum Wirtschaft – Logistik – Planung**

Es wird die Schaffung eines Kompetenzzentrums *Wirtschaft – Logistik – Planung* unter Leitung eines „Wirtschaftsmanagers“, der direkt dem OB unterstellt ist, angestrebt. Die Entwicklung und Förderung von sogenannten Konzeptimmobilien zur Stärkung der Zentrumsfunktion Duisburgs soll neben der Förderung des Wirtschaftsstandortes Duisburg durch planerische und steuerliche Anreize Schwerpunkt der gemeinsamen Politik sein.

## **Die Innenstadt revitalisieren**

CDU und Grüne sprechen sich entschieden für eine Revitalisierung der heutigen Innenstadt unter Stärkung der vorhandenen und Schaffung neuer Einzelhandelsbetriebe aus. Nationale und internationale Kongresse sollen in Duisburg stattfinden. Um diese Ziele zu erreichen, verfolgen die Bündnispartner daher die zügige Fertigstellung des Casinos mit Veranstaltungs- und Kongresszentrum, die wohlwollende Begleitung des *Forum* als Einkaufs-, Handels- und Erlebniszentrum im Bereich Karstadt, Buchenbaum und Claubergstraße, die bessere Anbindung des Innenhafens an die Innenstadt und die Modernisierung des Hauptbahnhofes in Abstimmung mit der Innenstadtentwicklung. Der für das Multi Casa vorgesehene Bereich soll eine Nutzung erhalten, die die Revitalisierung der Innenstadt fördert.

## **Duisburg an den Rhein**

Duisburger Bürgerinnen und Bürger haben einen Anspruch auf die Öffentlichkeit der attraktiven Teile unserer Stadt an Rhein, Ruhr, Emscher und Anger. Deshalb vereinbaren wir, dass die Projekte *Hochfeld an den Rhein* und *Emscher Landschaftspark 2010* weiter entwickelt und umgesetzt werden sollen.

## **Den Strukturwandel planen**

Ziel einer modernen Strukturpolitik muss die Konversion vorhandener Industriebrachen in moderne Gewerbeflächen sein, um die Ansiedlung neuer Unternehmen zu forcieren. Die unnötige Versiegelung von bestehenden Freiflächen geht zu Lasten der Wohnbevölkerung und ist für die Stadtentwicklung kontraproduktiv. Deshalb vereinbaren die Partner, unter dem Projekt *Masterplan Duisburg 2030* langfristige Planungen zu entwickeln, um Investoren Vertrauen und Perspektiven in die langzeitliche Entwicklung unserer Stadt zu geben und den Wettbewerb mit den Nachbarstädten zu bestehen.

## **Verbesserung der Lebensqualität in Duisburg**

Umweltschutz ist längst zu einem harten Standortfaktor in Duisburg geworden. Nur dort, wo noch intakte Umwelt vermutet und wahrgenommen wird, sind Wohn- und Gewerbeansiedlungen in der Konkurrenz zu anderen Kommunen möglich. Nur durch eine deutliche Verbesserung der Lebensqualität in Duisburg kann dem dramatischen Bevölkerungsrückgang entgegengewirkt werden.

Daher sollen zukünftig Stadtbezirksentwicklungspläne die flächenbezogenen Entwicklungen der Stadtteile steuern und ein sozialverträglicher Rückbau von Hochhäusern stattfinden. Eine Ghettoisierung von Stadtteilen oder Teilen davon muss verhindert werden. Die Flächensanierung und Neugestaltung von Freiflächen muss vordringliche Aufgabe der Stadtentwicklung sein.

## **Radstation am Hauptbahnhof endlich realisieren**

Die Partner wollen zukünftig Verkehrsthemen im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie mit Interessengruppen und Initiativen entwickeln und umsetzen. Als Zielsetzung einer künftigen gemeinsamen Verkehrspolitik für Duisburg vereinbaren sie die nachfolgenden Punkte:

- Die Verbesserung der vorhandenen Parkleitsysteme sowie die Attraktivierung des ÖPNV werden entschieden verfolgt.
- Der Ausbau eines leistungsfähigen Verkehrsleitsystems und die verbesserte Verkehrsanbindung des Innenhafens an die Duisburger City sollen forciert werden.
- Der Radverkehrsanlageplan, der Veloroutenplan und das Bike- und Ride-Konzept sollen eine zügige Umsetzung erfahren. Die bereits beschlossene Radstation am Hauptbahnhof ist endlich zu realisieren.

# Umwelt- und Naturschutz als zentrale Aufgabe

Der Schutz von Natur und Umwelt in Duisburg hat in den letzten Jahren wesentliche Fortschritte, insbesondere bei der Boden-, Gewässer- und Luftreinhaltung gemacht. Dennoch ist nicht zu verkennen, dass trotz großer Erfolge bei der Emissionsbegrenzung unsere Naturgüter Boden, Luft und Wasser nach wie vor starken Beanspruchungen unterliegen. Dadurch schwindet die Vielfalt der Lebensräume und somit die Grundlage für viele Pflanzen und Tiere in unserer Stadt. Die Qualität von landwirtschaftlichen Nutzflächen und die für uns Menschen so notwendigen Erholungsräume sind beeinträchtigt.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden weitergehende Umweltziele konsequent umsetzen. Vorrangig wird dabei sein, den Naturhaushalt in seiner Gesamtheit zu betrachten und Boden, Luft, Wasser, Pflanzen, Tiere und Ökosysteme in ihren Wechselwirkungen zu begreifen. Die Funktions- und Regenerationsfähigkeit unseres Naturhaushalts und die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter müssen erhalten bleiben und gefördert werden. Nur so kann es gelingen, unsere natürlichen Lebensgrundlagen einschließlich der gesamten biologischen Vielfalt als Grundlage unseres Lebens und einer nachhaltigen Wirtschaftsweise zu sichern und zu fördern. Damit ist Natur- und Umweltschutz für Duisburg eine der wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Aufgaben.

## **Grünflächen als wichtiger Faktor für Duisburgs Zukunft**

Die Lebensqualität in unserer Stadt wird entscheidend geprägt durch den Anteil der vorhandenen Grünflächen. Ausgedehnte „grüne Lungen“ machen Duisburg erst richtig lebens- und liebenswert. Auch für Besucher wird so eine Stadt attraktiv. Aktive, sinnvolle Grünpolitik stärkt in entscheidender Weise Duisburg als Wirtschaftsstandort und ist damit Kern jeglicher Wirtschaftsförderungspolitik. Hierzu müssen in Zeiten knapper öffentlicher Kassen verstärkt Sponsoren gewonnen werden. Die von Gewerbe und Industrie verlassenen Flächen müssen auf Altlasten überprüft und vorrangig wiedergenutzt werden. Unverbrauchte Bodenflächen können so geschont werden.

Die Absage der Bundesgartenschau ist in diesem Zusammenhang ein schwerwiegender Fehler gewesen. Hier hätte sich für Duisburg die große und einmalige Möglichkeit geboten, städtebauliche Vorhaben – einen zusammenhängenden Grüngürtel um die Duisburger Innenstadt – in einem Jahrzehnt zu verwirklichen,

die nun in dieser Form entweder gar nicht oder erst erheblich später durchgeführt werden können. Trotzdem darf die BUGA-Absage kein grundsätzliches Abrücken von den damit verbundenen stadtplanerischen Zielsetzungen zur Folge haben. Der RheinPark kann nur ein erster Schritt sein. Gemeinsames Ziel von CDU und Grünen ist es, ein grüneres Duisburg Zug um Zug zu verwirklichen, insbesondere in den Stadtteilen und Quartieren, die diesbezüglich unterdurchschnittlich ausgestattet sind, um nachhaltige positive Effekte zu bewirken.

### **Renaturierung**

Die Renaturierung von Bächen und Flussläufen, die Entsiegelung der Böden sowie die weitere Schaffung und Vernetzung von Grünflächen bzw. Biotopen in Abstimmung mit ökologischen und ökonomischen Aspekten im Stadtgebiet werden CDU und Bündnis 90/Die Grünen weiter vorantreiben. Nur dadurch bekommen Flora und Fauna weitere Chancen, nach Duisburg zurückzukehren. Der bestehende Biotopentwicklungsplan/Biotopverbundplan wird fortgeschrieben.

### **Wald, Park- und Freizeitanlagen sowie Friedhöfe**

Die Pflege des Duisburger Waldes sowie der Erhalt und der Ausbau von Parkanlagen sind sinnvoll zu fördern. Kleine Grünflächen müssen nach Möglichkeit zu Grünzügen miteinander verbunden werden, damit sie einerseits ökologisch Sinn machen, andererseits aber auch für den Menschen interessant und „begehrbar“ sind.

Bei der Neuaufstellung von Bebauungsplänen sind Freiflächen einzuplanen, die den Bedürfnissen nach Spiel, Erholung und Begegnung Rechnung tragen.

Unsere Friedhöfe haben eine wichtige ökologische Funktion. Seit Jahrzehnten haben die Duisburger Bürger den Parkcharakter dieser Friedhöfe erkannt und angenommen. Bei der Mitfinanzierung und Begleitung muss die Stadt Duisburg weiter in der Pflicht bleiben. Hinsichtlich der Erhaltung der Friedhofskultur werden wir Wege suchen, die die Interessen nach den verschiedenen Bestattungsformen, deren Gründe wir sehen und verstehen, berücksichtigen.

### **Fassadenbegrünung**

Die Förderung von Dach- und Fassadenbegrünungen sowie Hinterhofverschönerungen durch die Bürgerschaft mit Unterstützung der Stadt und der Eigentümer ist sinnvoll zu intensivieren.

## **Sauberkeit**

Wir alle müssen ein Interesse an einem sauberen Erscheinungsbild der Stadt haben und der teilweise starken Verunreinigung von Straßen, öffentlichen Plätzen, Wald und Parkanlagen entgegenwirken. Natur kann sich nur positiv entwickeln, wenn der Mensch durch sein Verhalten dazu beiträgt. Entsprechende Bußgeldkataloge müssen erarbeitet werden und konsequente Anwendung finden. Bei der Verbesserung der Straßenreinigung ist insbesondere der Aspekt der Gebührengerechtigkeit zu berücksichtigen.

Es müssen Auslaufflächen für Hunde in den Stadtteilen ausgewiesen werden, um der Verschmutzung von Straßen und Plätzen entgegenzuwirken. Es muss insbesondere eine konsequente Bekämpfung der Rattenplage erfolgen.

## **Umweltschutz stärkt Duisburg**

Der Bereich, der die Bürger akut, gesundheitlich und emotional sicherlich am meisten betrifft, ist die Luftverschmutzung. Die verschiedenen Schadstoffe in der Luft sind deutlich reduziert worden, aber es bestehen noch immer erhöhte Belastungen. Vor allem die Feinstäube sind ein drängendes Problem. Insbesondere das produzierende Gewerbe muss weiter gedrängt werden, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Hierzu gehört auch die Fortführung des Luftreinhalteplans und ein Maßnahmenkatalog zur Umsetzung der Sonderluftreinhaltepläne mit dem Ziel der Verringerung der Luftverunreinigung und Einhaltung der europäischen Schadstoffgrenzwerte, soweit sie bereits in deutsches Recht umgesetzt sind. Die Verwaltung sollte mit den emittierenden Industrien Zielvereinbarungen über die Einhaltung der Schadstoffgrenzwerte aushandeln.

Maßnahmen zur Verbesserung der Umweltqualität tragen zur Sicherung und Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze bei. Die oft beklagten hohen Umweltauflagen gehören eher zu den Standortvorzügen. Denn die hiesigen Unternehmen haben einen Großteil der Investitionskosten, die konkurrierende Betriebe und Regionen noch aufbringen müssen, bereits hinter sich. Außerdem konnten sie in diesem Zusammenhang auch neue Umwelttechnologien entwickeln, die zunehmend auftrags- und beschäftigungswirksam werden.

Für Industriebetriebe, die der Störfallverordnung unterliegen, ist – soweit noch nicht geschehen – ein Notfallplan und ein entsprechendes Krisenmanagement zu erarbeiten. Dies umfasst insbesondere einen Organisationsplan zur rechtzeitigen und umfassenden Information der Bevölkerung sowie auch präventive Maßnahmen zur Vermeidung einer Gesundheitsgefährdung der Bevölkerung und einer

Schädigung der Umwelt. Insbesondere erwarten CDU und Bündnis 90/Die Grünen hier auch freiwillige Verpflichtungen.

### **Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP)**

Die Umweltverträglichkeitsprüfung in den Bebauungsplänen ist im Rahmen der Gesetze und gegebenenfalls darüber hinaus anzuwenden. Sie umfasst die Ermittlung, Beschreibung und Bewertung der unmittelbaren und mittelbaren Auswirkungen eines Vorhabens auf

- Menschen, Tiere und Pflanzen,
- Boden, Wasser, Luft, Klima und Landschaft,
- Kulturgüter und sonstige Sachgüter sowie
- die Wechselwirkung zwischen den vorgenannten Schutzgütern.

Dies ist die Gewähr dafür, dass Ökologie und Ökonomie einvernehmlich umgesetzt werden.

### **Lärm macht krank**

Lärm stört nicht nur das Wohlbefinden der Menschen, sondern er stellt darüber hinaus eine Gesundheitsgefährdung dar. Als Lärmverursacher ist hierbei u.a. der Verkehrslärm zu nennen. Er breitet sich immer mehr aus. Sicherlich kann die Bedeutung des Verkehrs für Duisburgs Zukunft als Logistikzentrum nicht hoch genug eingeschätzt werden. Trotzdem sollte die dadurch entstehende Lärmbelastung nicht in den Hintergrund geraten. Bereits einfache Maßnahmen beim Individualverkehr, wie Geschwindigkeitsanpassungen oder das Abschalten von Verkehrsampeln an geeigneten Stellen zur Nachtzeit, können Verkehrslärm wirksam eindämmen. Der Einsatz von lärmminderndem Straßenbelag ist zu forcieren. Lärmreduzierungspläne werden CDU und Bündnis 90/Die Grünen für das gesamte Stadtgebiet erarbeiten lassen.

### **Müllvermeidung muss sich lohnen**

CDU und Bündnis 90/Die Grünen stehen für eine ökologische Abfallpolitik. Die planenden, konzeptionellen und hoheitlichen Aufgaben der Abfallentsorgung sind dabei kommunal so zu leisten, dass zweifelhafte Entsorgungswege nicht die Zukunft bestimmen und dass auch neue Technologien, die für die Umwelt verträglicher sind, auf allen Stufen der Abfallentsorgung zum Zuge kommen können. Die Abfallvermeidung hat grundsätzlich Vorrang vor der Verwertung,

die Verwertung, der alle Wertstoffe zugeführt werden sollen, hat wiederum Vorrang vor der Abfallbeseitigung.

Diese ökologische Abfallwirtschaft wird sich aber nur dann durchsetzen, wenn sie von allen akzeptiert wird. Deshalb muss sich das Vermeiden und Trennen von Abfall lohnen. Das setzt Änderungen der Entsorgungssatzung und der Gebührenstruktur mit der Zielsetzung voraus, stärkere Anreize zur Reduzierung der Restmüllmenge zu schaffen.

So werden wir neben der Sammlung von Verpackungsmüll (Gelbe Tonne), Glasverpackung (Container-Sammelstellen), Papier (Bündelsammlung) und Grünschnitt (Recyclinghöfe) sowie deren möglichen Verbesserungen auch prüfen, ob durch die flächendeckende Einführung der Biotonne mehr kompostiert werden kann.

Neben der Abholung der Wertstoffe und des Restmülls ab Haus/Container ist der kundenfreundliche und gut erreichbare Recyclinghof besonders wichtig für die umweltfreundliche Entsorgung. Deshalb ist es selbstverständlich, dass wir uns für den schnellen Neubau des Recyclinghofes West einsetzen werden.

Damit werden wir in Duisburg weitere Bedingungen einer ökologischen Abfallwirtschaft gestalten, die die Abfallgebühren verursachergerechter zuordnet und die Eigeninitiative bei der Vermeidung und Trennung von Abfall deutlicher belohnt.

## **Regenerative Energien**

Die Bedeutung regenerativer Energien wird zunehmen. Nicht nur aus ökologischen Gründen sollte Duisburg folglich an diesem Zukunftsmarkt beteiligt sein. Alle Möglichkeiten der erneuerbaren Energien müssen in unserer Stadt zügig umgesetzt werden, wenn sie ökonomisch und ökologisch Sinn machen. Dazu bedarf es eines kommunalen Förderprogramms für die Nutzung regenerativer Energien. Der von der Stadt Duisburg initiierte KlimaTisch ist in diesem Zusammenhang stärker zu unterstützen und in seiner Aufgabenstellung zu erweitern.

Die Arbeit der Energieberatung d ist finanziell zu unterstützen. Auch ist ein Plan zur energetischen Sanierung der öffentlichen Gebäude aufzustellen. Vor allem das bereits begonnene 120 Millionen € schwere Schulsanierungsprogramm werden CDU und Grüne um ökologische Aspekte ergänzen, wie z.B. die Verwendung ökologischer Baustoffe, die Errichtung von Solaranlagen, den Einsatz modernster Heiz- und Lüftungstechnik, das Anlegen von Dachbegrünungen oder die Nutzung von Regen- und Grauwasser.

## **Verbraucherschutz auf hohem Niveau**

Der Schutz der Duisburger Verbraucher im Zusammenhang mit dem Verzehr von Lebensmitteln und dem Gebrauch von Gegenständen des täglichen Bedarfs muss in Duisburg auf hohem Niveau beibehalten werden. Durch gezielte Überwachungsaktivitäten und Untersuchungen sind schon im Vorfeld Gefahren, etwa durch neuentdeckte Stoffe und technologische Verarbeitungsmethoden, zu erkennen und abzuwenden. Eine stetige Berichterstattung ist die einfachste Aufklärungsmethode, sie schärft das Verbraucherverhalten und gibt den Duisburger Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, in Verdachtsfällen entsprechende Hilfe zu finden. Zur Bündelung der relevanten Aufgaben, Kompetenzen und Ressourcen ist – wie im Rahmen der bereits beschlossenen Verwaltungserneuerung vorgesehen – ein Amt für den gesundheitlichen Verbraucherschutz zu gründen.

# Kulturelle Vielfalt für Duisburg

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sind sich vor dem Hintergrund des Duisburger Haushaltssicherungskonzeptes bewusst, dass die Förderung der Kultur mit den knappen Finanzmitteln, die zur Verfügung stehen, so effizient wie möglich gestaltet werden muss. Allerdings kann gerade in Krisenzeiten engagierte Kultur eine Quelle der Inspiration sein. Gerade deswegen kann an dem kulturellen Angebot in unserer Stadt nicht mehr gespart werden, ohne die bestehenden Angebote in ihrer Substanz zu gefährden.

CDU und Bündnis 90/Die Grünen haben die Herausforderung der Lösung der Quadratur des Kreises angenommen und Konzepte erarbeitet, die vor allem dem Grundsatz gerecht werden, für die Stadt Duisburg ein breites Kulturangebot effizient und engagiert zu fördern und zu unterstützen.

## **Erhalt des kommunalpolitischen Einflusses**

Einer der dringendsten Aufgaben der Schwarz-Grünen Kulturpolitik in Duisburg ist der unbedingte Erhalt des kommunalpolitischen Einflusses auf die kulturpolitischen Themen dieser Stadt. Die Rückführung der Kulturbetriebe in den Bereich des zuständigen Dezernates ist daher überdenkbar und wünschenswert.

Allerdings betrachten wir die Selbständigkeit bei den langjährig etablierten und selbstorganisierten kulturellen Institutionen, wie zum Beispiel das Filmforum oder das Traumzeitfestival, durchaus wohlwollend und positiv. Kultursponsoring und gemeinnützige Gesellschaften sind durchaus zu unterstützen und auch von städtischer Seite zu fördern.

## **Akzente, Deutsche Oper am Rhein und Duisburger Philharmoniker**

Nicht erst seitdem die Duisburger Akzente 1995 in den Rang eines Landesfestivals erhoben wurden, erfreut sich dieses Event besonderer Beliebtheit weit über Duisburgs Stadtgrenzen hinaus und fördert das Image unserer Stadt enorm. Nach einer durch die World Games bedingten Pause in 2005 werden die Duisburger Akzente ab dem folgenden Jahr wieder auf dem gewohnt hohen Niveau fortgesetzt.

Zum Ansehen der Stadt trägt auch die Deutsche Oper am Rhein bei, die für Duisburg ebenso unverzichtbar ist wie die über die Landesgrenzen hinaus anerkannten Duisburger Philharmoniker. Beide großen Institute sind harte Standortfaktoren, wenn es um die Anwerbung von Firmen und deren Mitarbeiterinnen

und Mitarbeiter geht. Entsprechendes gilt auch für das Filmforum sowie das Traumzeitfestival.

### **Förderung der freien Kulturszene**

Neben diesen etablierten und renommierten Institutionen bzw. Veranstaltungen stellt die Freie Kulturszene einen ganz wesentlichen Bestandteil des kulturellen Lebens in Duisburg dar und ist entsprechend zu fördern. In diesem Kontext ist die Unterstützung des KOM'MA-Theaters, das seit Jahrzehnten eine engagierte und unverzichtbare (Kinder-)Kulturarbeit leistet, eine vordringliche Aufgabe. Des Weiteren brauchen kulturelle Einrichtungen wie die Cubus-Kunsthalle im Herzen Duisburgs, das Kibitz im Duisburger Norden oder das Hundertmeister eine sichere finanzielle Basis. Als Grundlage sollen der Freien Kulturszene in Duisburg zwei Prozent des gesamten Duisburger Kulturetats zugesichert werden.

Schwarz-Grün strebt auch in der kulturellen Duisburger Landschaft neue Wege an. Für einen sinnvollen und effektiven Wandel ist daher zu prüfen, wie sowohl neue kulturelle Höhepunkte – wie z.B. der Duisburger Kultursommer – etabliert als auch veraltete Strukturen einzelner kultureller (Bildungs-)Institutionen aufgebrochen werden können.

### **Dokumentationszentrum zur Geschichte des Nationalsozialismus**

Schwarz-Grüne Kulturpolitik wird gemeinsam mit der Duisburger Bevölkerung weiter die Vergangenheit aufarbeiten, in der die Nationalsozialisten auch in unserer Stadt ihre Macht nicht für, sondern gegen die Menschen eingesetzt haben. Es ist insbesondere für Jugendliche wichtig, über die Epoche des Nationalsozialismus informiert zu werden und entschieden Position zu beziehen. Zwar besteht kein Mangel an Dokumentationen und Literatur von 1933 bis 1945. Aber wenn diese Zeit mit ihrer Brutalität und Unmenschlichkeit jungen Menschen authentisch nahegebracht werden soll, müssen diese zeitgeschichtlichen Dokumente dauerhaft an einen zentralen Ort in der Duisburger Stadtmitte für alle Bürgerinnen und Bürger zugänglich sein. Ein solches Dokumentationszentrum – nach dem Vorbild der Ausstellung im Oberhausener Kaisergarten – sollte zeitnah in Duisburg ein wesentlicher Bestandteil unserer öffentlichen Kulturlandschaft sein.

# **Sportpolitik den Herausforderungen der Zukunft anpassen**

Sportpolitik hat in Duisburg eine lange Tradition und ist hier aufgrund der wichtigen integrationsstiftenden und sozialen Funktion von zentraler Bedeutung. Sowohl Breiten- und Spitzensport als auch der Behinderten- und Rehabilitationssport stehen gleichermaßen im Fokus gesellschaftlicher Verantwortung und Stärkung des Images einer Sportstadt Duisburg.

## **Einrichtung eines Sport- und Bäderbetriebes prüfen**

Angesichts einer sich verändernden Gesellschaftsstruktur muss die Sportpolitik den Herausforderungen der Zukunft – auch hinsichtlich des Gendermainstreamings – angepasst und überdacht werden. Dies beinhaltet die vorurteilsfreie Prüfung einer Ausgliederung der Bereiche Sportstätten und der Bäder aus den WBD zur wirtschaftlichen Zusammenführung zu einem Sport- und Bäderbetrieb. Dabei muss jedoch der Sportausschuss als parlamentarisches Entscheidungsgremium mit Kontrollfunktion erhalten bleiben, um die Sportpolitik innerhalb der Stadt zu stärken.

Die Integrationsfunktion des Sportes erfordert die Kommunikation und Einbindung aller gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen. Insbesondere die Interessen von Mädchen und Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, behinderter und älterer Menschen sollen an einem gemeinsamen Runden Tisch koordiniert werden, um den Vereinen und dem Duisburger Sport eine Basis für eine effektive und den individuellen Voraussetzungen vor Ort angepasste Ausgestaltung ihrer Vereinstätigkeit zu ermöglichen.

Gerade die zahlreichen Sportvereine leisten in Bezug auf die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen eine herausragende und verantwortungsvolle Arbeit als wertevermittelnde, ehrenamtliche Akteure.

## **Stärkung des Ehrenamtes**

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für die Förderung und Stärkung des Ehrenamtes und der Unterstützung der Vereine zum umweltgerechten Erhalt und Ausbau moderner Sportstätten ein, um eine qualitativ hochwertige Ausstattung garantieren zu können.

Die zeitnahe Fortschreibung des bestehenden Bäderkonzeptes mit dem Ziel, eine moderne Bäderlandschaft in den Duisburger Stadtbezirken zu gewährleisten, wird

unter dem Gesichtspunkt einer günstigen Erreichbarkeit der Standorte mit dem ÖPNV, der möglichen Nutzung der vorhandenen Bäder, der Finanzierbarkeit und einer entsprechenden Bedarfsanalyse erfolgen. Dazu gehört auch eine effiziente Vermarktung der beiden Erlebnisschwimmbäder.

### **Spitzensport als Imageträger für Duisburg**

Ein wichtiger Bestandteil der Sportpolitik in Duisburg ist die Förderung des Spitzensports, der das Image der Stadt sowohl national als auch international prägt und stärkt, was sportliche Ereignisse der Vergangenheit wie die Universiade 1989 und internationale Wettkämpfe wie die Kanuweltmeisterschaften 2004 eindrucksvoll bewiesen haben. Um den hohen Anforderungen des internationalen Leistungssports gerecht zu werden, müssen die bestehenden Systeme zur Förderung des Duisburger Leistungssports angepasst und ausgebaut werden. Die Rahmenbedingungen für Sportlerinnen und Sportler müssen verbessert und sowohl kommunalpolitisch als auch in Zusammenarbeit mit Bund und Land unterstützt werden. Eine kontinuierliche Förderung gerade junger Talente und die Zusammenarbeit von Politik, Vereinen und Bildungseinrichtungen, Sportamt und SSB sind hier unverzichtbar. Der Bau des geplanten Leichtathletikstadions mit überdachter Tribüne auf der Grundlage moderner Wettkampfstandards und ökologischer Aspekte wird weiter entschieden verfolgt.

Auch bei engen finanziellen Spielräumen des Haushalts setzen wir uns für eine ausgewogene und verlässliche Förderung der Qualitätssicherung des Breiten- und Spitzensports ein, weil wir uns der sozialen und verantwortungsvollen Funktion des Sportes in dieser Stadt bewusst sind und diese als zentralen Bestandteil einer bürgernahen und identitätsstiftenden Politik betrachten.

# Die Bezirksvertretungen stärken

Die Bezirksvertretungen in Duisburg sind der Garant dafür, dass wichtige Politikfelder dezentral und vor Ort entschieden werden. Sie tragen in erheblichem Maße zu mehr Bürgernähe politischer Entscheidungen bei und können dabei sehr viel stärker auf die vorhandene konkrete Sachkompetenz zurückgreifen. Daher halten CDU und Bündnis 90/Die Grünen an der Zahl von 7 Bezirksvertretungen für Duisburg fest.

Bereits in der letzten Ratsperiode haben CDU und Bündnis 90/Die Grünen bei der Erstellung der ersten Duisburger Bezirkssatzung Hand in Hand zusammengearbeitet, um die Rechte der Bezirksvertretungen zu erweitern, klarer zu formulieren und dadurch die Mitbestimmungsrechte der Bezirksvertretungen insgesamt zu stärken. Hierbei haben wir eine Menge erreicht.

So darf z.B. von den im Bezirk beschlossenen Prioritätenlisten zur Ausstattung und Unterhaltung der öffentlichen Einrichtungen und zu den Straßenbaumaßnahmen nicht mehr abgewichen werden, sofern die Bezirksvertretung selber dies nicht wünscht. Damit erhalten die Bezirksvertretungen die Verfügungsgewalt über beträchtliche Finanzmittel, die weit über die spärlichen Mittel zur Pflege des Ortsbildes, die alljährlich bereitgestellt werden, hinausgehen. Besonders hervorzuheben sind auch die Beteiligungsrechte im Hinblick auf die Baugenehmigungen gemäß § 34 Baugesetzbuch.

## Die neue Bezirkssatzung fortentwickeln

Leider konnten wir aber im letzten Jahr nicht alle unsere gemeinsamen Anliegen gegen die alte Ratsmehrheit durchsetzen. Dementsprechend beabsichtigen CDU und Bündnis 90/Die Grünen, wenn im Frühjahr 2006 die Überprüfung der Bezirkssatzung ansteht, hier nachzubessern:

- Die Wirtschaftspläne der städtischen Eigenbetriebe (§ 3 Abs. 3 der Bezirkssatzung) werden derzeit von den Bezirksvertretungen lediglich beraten. Dies widerspricht den in der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (§ 37 Abs. 1) festgelegten Entscheidungsrechten der Bezirksvertretungen und ist daher zu korrigieren.
- Die bisher mit € 50.000 angesetzte Wertgrenze zur Abgrenzung der laufenden Geschäfte der Verwaltung werden wir auf € 25.000 absenken, um die Entscheidungskompetenz der Bezirke auszuweiten.

- Die Ausführungen über Baugenehmigungen gem. § 34 Baugesetzbuch (§ 3 Abs. 4 der Bezirkssatzung) werden wir präziser formulieren, um das laufende Geschäft der Verwaltung schärfer von der Entscheidungsbefugnis der Bezirksvertretungen zu trennen.

Einig sind sich Bündnis 90/Die Grünen und CDU auch darin, dass die direkte Finanzausstattung der Bezirksvertretungen verbessert werden muss. Wir setzen uns dafür ein, dass jeder Bezirksvertretung ein Sockelbetrag von € 10.000 plus ein weiterer Betrag von € 0,20 pro Einwohner im Bezirk bereitgestellt wird. Den veralteten Haushaltstitel „Pflege des Ortsbildes“ werden wir neu benennen, um zu verdeutlichen, dass es sich hierbei um Mittel zur freien Verwendung der Bezirksvertretungen handelt. In Abhängigkeit von der Haushaltslage ist eine schrittweise Erhöhung dieser Beträge auf € 21.000 als Sockelbetrag und € 0,50 pro Einwohner je Bezirk in dieser Ratsperiode geplant.

Die Erfahrungen mit der Durchführung einer Bürgerveranstaltung zu den Haushaltsberatungen im Stadtbezirk Duisburg/Hamborn als Pilotprojekt werden wir auswerten und gegebenenfalls ein entsprechendes Angebot für die Bürgerinnen und Bürger auf alle sieben Bezirksvertretungen ausdehnen.

### **Zweite Säule beim Bürgerservice**

Bürgernähe ist für CDU und Bündnis 90/Die Grünen nicht nur ein wichtiger Gesichtspunkt für die Politik, sondern gilt im gleichen Maße für die Organisation der Verwaltung. CDU und Bündnis 90/Die Grünen werden daher kontinuierlich daran arbeiten, den Bürgerservice vor Ort auszuweiten und zu verbessern. Dazu wollen wir zu dem schon bestehenden Bürgerservice eine zweite Säule einführen, auf Grund dessen die Bürgerinnen und Bürger auch soziale Dienstleitungen der Stadt wohnortnah abfragen können – in enger Abstimmung mit und in räumlicher Nähe zu den Standorten der ARGE (*Soziale Rathäuser*).

# Grundlagen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit

Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sind gewillt, die in diesem Kooperationsvertrag gesteckten politischen Ziele in der Ratsperiode von 2004 bis 2009 gemeinsam umzusetzen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse im Rat der Stadt Duisburg begreifen wir uns als Kern, der politische Leitlinien vorzeichnet, neue Entwicklungen anstößt und notwendige Entscheidungen vorantreibt. Dies setzt voraus, dass CDU und Grüne im Rat, in den Ausschüssen und den weiteren Gremien auf der Grundlage dieses Kooperationsvertrages in allen Fragen zusammen agieren und Beschlüsse einvernehmlich verabschieden. Wo Differenzen auftauchen, werden wir gemeinsam nach produktiven Kompromissen suchen. Erst wenn beide Seiten nach ernsthaften Bemühungen der Auffassung sind, dass ein Übereinkommen nicht zu erzielen ist, werden wir in den betreffenden Fragen eigenverantwortlich handeln.

Bündnis 90/Die Grünen und die CDU in Duisburg sind Parteien mit einer eigenen Tradition und einer eigenen Geschichte und politischen Kultur. Dieser Kooperationsvertrag lässt daher den Partnern über das beiderseits Vereinbarte hinaus Raum für eigene Akzentsetzungen auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme. Grundlage der vertrauensvollen Zusammenarbeit ist nicht nur hierbei ein rechtzeitiger, kontinuierlicher und enger Informationsaustausch. Neben den Abstimmungsgesprächen vor allen Gremiensitzungen wird hierzu ein regelmäßig tagender Kooperationsausschuss gebildet, um eine reibungslose gemeinsame politische Arbeit zu gewährleisten.

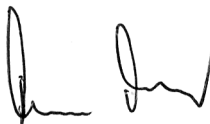
Duisburg im Januar 2005



Petra Vogt  
Fraktionsvorsitzende  
der CDU-Fraktion  
im Rat der Stadt Duisburg



Prof. Dr. Dieter Kantel  
Fraktionsvorsitzender  
Bündnis 90/Die Grünen  
im Rat der Stadt Duisburg



Thomas Mahlberg  
Vorsitzender der  
CDU Duisburg



Dr. Hubert Klüpfel  
Vorstand  
Bündnis 90/Die Grünen  
Kreisverband Duisburg





Königstraße 7-9  
47 051 Duisburg

Telefon: (02 03) 3 93 87 - 0

Telefax: (02 03) 3 93 87 - 11

[ratsfraktion@cdu-duisburg.de](mailto:ratsfraktion@cdu-duisburg.de)

[www.cdu-fraktion-duisburg.de](http://www.cdu-fraktion-duisburg.de)



Im Rat der Stadt Duisburg

Kardinal-Galen-Straße 23  
47 051 Duisburg

fon 0203 – 33 00 39

fax 0203 – 33 20 40

[fraktion@gruene-duisburg.de](mailto:fraktion@gruene-duisburg.de)

[www.gruene-duisburg.de/fraktion](http://www.gruene-duisburg.de/fraktion)